

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Freitag, den 29. Juni 1923

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.
Der Preis beträgt monatlich 200. —
Einzelnummern 200. —
Anzeigen-Verträge für die vierteljährliche Zeit sind aus demselben Zweck oder demselben Raum bei einmaliger Anzeigung 300. —, bei zweimaliger Anzeigung 500. —, bei dreimaliger Anzeigung 700. —, bei vierteljährlicher Anzeigung 1000. —, bei halbjährlicher Anzeigung 1800. —, bei jährlicher Anzeigung 3200. —, bei mehrjähriger Anzeigung nach Vereinbarung.
Die Anzeiger sind in der Rubrik des Abzuges.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.
Der Preis beträgt monatlich 200. —
Einzelnummern 200. —
Anzeigen-Verträge für die vierteljährliche Zeit sind aus demselben Zweck oder demselben Raum bei einmaliger Anzeigung 300. —, bei zweimaliger Anzeigung 500. —, bei dreimaliger Anzeigung 700. —, bei vierteljährlicher Anzeigung 1000. —, bei halbjährlicher Anzeigung 1800. —, bei jährlicher Anzeigung 3200. —, bei mehrjähriger Anzeigung nach Vereinbarung.
Die Anzeiger sind in der Rubrik des Abzuges.

Nr. 149

97. Jahrgang

Paris und London

Der diplomatische Zweikampf Paris—London kommt wegen der Verschleppungstaktik Poincarés nicht recht vom Fleck. Frankreich hat die englischen Fragen immer noch nicht beantwortet, vor allem die nicht, was Poincaré denn eigentlich unter der Aufgabe des passiven Widerstands versteht. Wahrscheinlich hofft man in Paris, unter Wirtschaft durch dieses Hiniausgehen inwärtlich weiter zu verfahren, durch verstärkte Gewalt die Bevölkerung weiter zu umwerben zu können. Von dem Ausgang dieses Duells hängt natürlich unsere wirtschaftliche und politische Zukunft entscheidend mit ab. Hängt es ab, ob die Herrschaftspolitik Poincarés und die Kriegspolitik der französischen Generale, die sich heute die Zerschlagung Deutschlands zum Ziel gesetzt haben, Fortsetzung finden oder nicht.

Schließt man aus dem Gehtripp der täglichen Meldungen den Kern heraus, so sieht sich heute zwischen Paris und London als Vermittler sieht, und es mit England auch nicht überleben möchte, und London in der Entschädigungsfrage eine größere Übereinstimmung besteht, als zwischen Brüssel und Poincaré. Belgien weiß genau, worauf sich die französischen Pläne erstrecken: Nicht nur auf die Besitzergreifung des gesamten Rheinflusses von Basel bis Emmerich, sondern auch auf die dauernde Festlegung auf dem rechten Rheinufer und auf die dauernde Ausbeutung des Ruhrgebiets zugunsten der französischen Industrie. Daß den Belgiern dabei langsam schnell zumute wird, ist zu verstehen. Nicht aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen. In Belgien, das seiner Industriezeit und auf das deutsche Hinterland angewiesen ist, erwacht langsam das Misstrauen, ob es bei dem Abhängigkeitsverhältnis, das äußerlich durch den Beschluß des Völkerbundes gegen uns, dann aber auch gegen England gerichtet ist, gut überlebt. Denn für Belgien hat das Ruhrabenteuer gezeigt, daß diese Art französische Politik den belgischen Handel ruiniert, was man besonders deutlich in Antwerpen verspürt, wo der Eisenverkehr vom Rhein und der Ruhr seinen natürlichen Ausgang hat.

Solange England heimgesucht im Ruhrgebiet der französischen Politik gegenüber, während dieses Zusammenstoß nur auf unsere Kosten. England hat seit dem Frieden von Versailles buchstäblich die Armeen, die es an den französischen Waffen festhalten, aus unserer Hand geschmitten. Noch bis zuletzt hat Bonar Law eine vorläufige Janderpolitik verfolgt, da der Mächtige sich erlauben dürfte zu warten. Diese Formel hat sich in diesem Fall als falsch erwiesen, denn Frankreich hat Englands ibrige Wartezeit dazu benutzt, um seine Vorkerkerschaft weiter zu beschleunigen. Nun ist nach englischer und italienischer Auffassung die Fortdauer der französischen Söldnerherrschaft im Ruhrgebiet eine Unmöglichkeit. Der englische Erminister Baldwin hat sich darüber mehrfach deutlich ausgesprochen. Die Schwierigkeit liegt darin, ob es Baldwin gelingt, auf Paris einen Druck auszuüben und inwiefern er dabei von den anderen unterstützt wird. Sedenfalls hat Baldwin den ersten annehmenden Versuch Poincarés, ihn einzuschüchtern und ganz vor den Wagen seiner Ruhrpolitik zu spannen, hinfällig oder entschieden zurückgewiesen. Und wenn Poincaré trotzdem auf seiner Ruhrpolitik beharren sollte, so ist kaum anzunehmen, daß Baldwin einfach kapitulieren oder zur Politik der „wohlwollenden Schwäche“ zurückkehren wird. Er wird vielmehr, wenn nicht alles trägt, es mit einer neuer aktiven Politik versuchen, deren Endziel kein anderes sein könnte, als die diplomatische Vereinfachung Frankreichs.

Natürlich muß Baldwin sich in der Entschädigung seiner Politik auf starke Widerstände in seinem eigenen Kabinett gefaßt machen. Seine starke und einflussreiche Minderheit, welche die französischen Hoffnungen gegen Deutschland teilt und diesem Hof selbst das ausgesprochene britische Interesse unterordnet, nicht, ist auch in Baldwin's Kabinett noch vertreten, und bei der Lösung der Entschädigungsfrage, die nun einmal vorläufig Kernpunkt der Außenpolitik bleibt, wird Baldwin das britische Interesse immer als maßgebend betrachten. Wollten wir in Deutschland darüber anderer Meinung sein, so würden wir eine schwere Enttäuschung erleben. Daß Baldwin die Rechte des englischen Volks hinter sich hat, wenn er neue, dem englischen Selbstgefühl mehr zuzugewandene Wege einschlagen will, darf als sicher angenommen werden, weil England kaum Rettung verspüren dürfte, sich von Frankreich auf die Dauer wie Belgien behandeln zu lassen. Baldwin kann hier aber nur eine Politik auf lange Sicht treiben, wobei die Erinnerung am Platz erscheint, daß die englische Politik der Vergangenheit sich immer gegen diejenigen Mächte zu richten pflegte, die nach England am mächtigsten erschienen, wie auch die andere Bemerkung erlaubt sei, daß mehr als einmal England nicht als Freund auf Frankreichs Boden stand.

Sollen die Völker Europas vor der Barbarei und dem Verderben gerettet werden, so ist es vor allen Dingen notwendig, der französischen Söldnerherrschaft im Ruhrgebiet ein Ende zu machen. Denn Frankreich, das in der Schrankenlosigkeit seiner Hoffnungen um sich raft, das lärmend und drohend mit verlogenerm Sieg und erraffter Raubbeute prahlt, bleibt für immer eine schwere Gefahr für Menschlichkeit und Recht.

Niemand weiß das besser als Baldwin, der vor wenigen Wochen in seiner Oxford Rede ausrief: „Wir sind wohl Engländer, Schotten, Waliser, Iren — aber wir sind gleichzeitig auch Europäer und unser Band muß dem zerschüttelten Europa Frieden bringen.“ Baldwin sieht hier die Entschädigungsfrage unter dem Gesichtspunkt einer europäischen Lösung an, erkennt also durchaus die Sachlage, in der sich Europa verarmt hat. Gelingt ihm diese Lösung nicht, so besteht noch die Möglichkeit, daß er eine Lösung auf dem Umwege über den Völkerbund finden wird. Dafür spricht die Berufung Lord Robert Cecil's in sein Kabinett, der seine Tätigkeit in den letzten Jahren fast ausschließlich dem Völkerbundgedanken gewidmet hat. Versteht England aber, unter Anwendung eines großen Drucks auf das widerstrebende Frankreich, die Lösung des Ruhrproblems über den Völkerbund, so birgt eine solche Politik für uns schwere Gefahren in sich. Denn die inhumanen Pläne, die auf eine „Internationalisierung“ des Rheinlands hinauslaufen, und die Deutschland den brennenden Mafel der Besetzungsmannschaft auf die Stirn drücken wollen, werden gerade von Völkerbundanhängern, wie Lord Robert Cecil uns vorgeschlagen. Pläne, die in ihrer Wirkung für Deutschland fast noch demütigender und entwürdigender sind, als die Absichten der verböhrtesten französischen Räuber. Alle Mäße, die England sich mit der Regelung der Entschädigungsfrage gibt, ist verschwendet, wenn man uns eine Schwärzung unserer Landesrechte jammert.

Öffentliches Geheimnis

Die Welt tut, als ob die Enthüllungen des englischen Matrosen „Observer“ etwas ganz Neues, etwas Unerhörtes wäre, nämlich die Bekanntmachung der französischen Pläne für die Losrennung des Rheinlands vom Reich. Der „Observer“ meint, dieser französische Geheimbericht enthalte die Verschärzung der französischen Politik der Zerschlagung Deutschlands nach dem Einbruch in das Ruhrgebiet. Merkwürdig dabei sei nur, daß die Franzosen bis heute noch nicht zu der Einsicht von der Unmöglichkeit des Plans kommen. Alle Verläufe dorten, und wenn sie auch noch so kräftig vom französischen Oberkommando unterstützt wurden, seien fruchtlos geblieben. Mit dem „Observer“ stimmt ganz wenige Zeitungen ausgenommen, die gesamte englische Presse überein. Freilich Poincaré läßt wieder einmal abfeuern. Das sei alles nicht wahr. Wahr aber sei, meint der „Matin“, daß die Gründung einer englisch-deutschen rheinischen Republik geplant und ein „außerordentlicher und hinterlistiger Plan zwischen Berlin und London“ ausgearbeitet werde. Um also den Verdacht von sich abzuweisen, wird einfach der Seil umgedreht, und der Engländer, der die unsaubere französische Geschichte aufgedeckt hat, desselben Unrechts beschuldig.

Rein, die englischen Enthüllungen sind nichts Neues. Vorigen Sommer beispielsweise hatte der Amerikaner Mr. Baker, Wilsons Pressesekretär und Verbindungsoffizier in Versailles, in amerikanischen Zeitungen unter dem Titel „Amerika und der Weltfrieden“ aus der Schule geschwätzt. Da schon konnte man u. a. lesen, wie Frankreich durch seinen bekannten General Mangin die hochverräterischen Pläne Dortens wirksam unterstützte. Sie wären auch tatsächlich gelungen, wenn nicht der amerikanische General Vizzini in letzter Stunde mit seiner Generalmilitärden auf 24. Mai 1919 geplanten Putsch verhindert hätte. Nicht minder wichtig ist die dort enthaltene andere Mitteilung, wie Marschal Foch im Einverständnis mit Clemenceau als Rache für die Verletzung der deutschen Flotte bei Scapa Flow und für die Verdrängung der französischen Bahnen im Berliner Zeughaus kurz vor dem endgültigen Friedensschluß einen Angriff auf das Ruhrgebiet vorbereitet, ein Plan, dessen Ausführung nur durch das Dazwischentreten Fochs vereitelt wurde.

Was die geplante Abtrennung des Rheinlands betrifft, so hatte man in Frankreich verschiedene Formen in Aussicht genommen. Die einfachste wäre die Eingliederung des Landes als Departement. Aber so etwas dürfte man nicht aussprechen, sondern höchstens denken. Ein anderer Weg war die Gründung einer von Deutschland abgetrennten selbständigen Rheinrepublik mit völliger Abhängigkeit vor Frankreich. Wieder eine andere, etwas mildere Form wäre die „Entpfehlung“ des Rheinlands, seine Gestaltung zu einem Bundes- oder Gliedstaat, der in staatsrechtlicher Form zwar zu Deutschland gehörte, aber als „Pufferstaat“ zwischen Deutschland und Frankreich unter der Hoheit des Völkerbunds stünde und dessen „Entmilitarisierung“ von Frankreich beaufsichtigt würde.

Das sind Frankreichs Rheinlandspläne. Die mit Baldwin mit seinem Fragebogen herausbekommenen aber das ist eine schwierige Beichte für Poincaré. Darum drückt er sich so um die Beantwortung der peinlichen Fragen und schiebt zu seiner Entschuldigung neuerdings die noch nicht beendete belgische Ministerkrise vor. Für uns Deutsche ist, wie am 9. Juni Reichsanwalt Dr. Cuno in Münster gesagt hat, kein Fußbreit deutsches Land mehr teil. W. H.

Bermittlungsschritt des Papstes

Rom, 28. Juni. Der Papst hat an den Kardinal Staatssekretär Gasparri ein Schreiben gerichtet, in dem er auf seine wiederholten, seit dem Beginn seines Pontifikats für die Ruhe Europas und das Heil der Nationen unternommenen Versuche hinweist, einen wahren Frieden und ein dauerndes Einverständnis unter den Staaten herbeizuführen. Die internationalen Beziehungen haben sich jedoch nicht nur nicht gebessert, sondern vielmehr verschlechtert, derart, daß sie für die Zukunft zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß geben. Der Papst hebt hervor, daß er zu dieser Lage nicht gleichgültig bleiben könne. Er müsse von jeder Gelegenheit Gebrauch machen, die sich ihm bietet, um bei der Herstellung des Friedens mitzuwirken. Deshalb halte er es für seine Pflicht, wenn zwischen den am Konflikt am meisten beteiligten Mächten neue Vorschläge und neue diplomatische Verhandlungen vorbereitet würden, um eine freundschaftliche Lösung der Mittel- und Osteuropas und infolgedessen unvermeidlich alle Nationen bewegenden Fragen zu finden, seine unparteiische und wohlmeinende Stimme zu erheben.

In dem Bewußtsein der schweren Verantwortlichkeit, die ihm und allen denen zufalle, die in ihren Händen das Geschick der Völker hielten, richtete er an sie die inständige Bitte, die verschiedenen Fragen, so die Frage der Entschädigungen, im Geiste des Christentums noch einmal zu prüfen, der die Forderungen der Gerechtigkeit nicht von denen der Vornehmheit scheide, auf denen das Leben der Völker beruhe. Wenn in der Absicht, die Schäden, die der Bevölkerung der erbebenden Länder zugefügt worden seien, wiederherzustellen, der Schuldner einen Beweis seines guten Willens, zu einer billigen und endgültigen Verständigung zu gelangen, gebe, indem er ein unparteiisches Urteil über die Größe seiner Zahlungsfähigkeit anruft und den Schlichtern alle Mittel einer ernsten und genauen Kontrolle zuflößere, verlangten es die Gerechtigkeit und die Rücksicht, gleichwie die Interessen der Gläubiger selbst wie aller des Jostes müden und sich nach Ruhe sehnenenden Völker, daß vom Schuldner nichts verlangt werde, was er nicht leisten könne, ohne seine Quellen und sein Produktionsvermögen bis zur völligen Vernichtung und bis zur Vernichtung seiner Kräfte selbst zu erschöpfen, nicht zu reden von der Gefahr des sozialen Umsturzes, der der größte Ruin ganz Europas und eine ständige Gefahr neuer und noch verheerlicherer Verwickelungen wäre. Es sei geracht, daß die Gläubiger für ihre Forderungen entsprechende Bürgschaften verlangen. Ihnen sei es überlassen, zu prüfen, ob es tatsächlich notwendig sei, unter allen Umständen die Besetzung von Gebieten aufrecht zu erhalten, die für das besetzte Land und die besetzenden Völker mit großen Opfern verbunden sei, oder ob es nicht besser sei, die Besetzung durch schrittweise einzuführende andere Bürgschaften zu ersetzen, die nicht weniger wirksam und sicherlich weniger schmerzhaft wären.

Wenn die beiden Parteien sich auf dieser Grundlage einigten, würde die Besetzung von Gebieten alsdann vermindert und nach und nach gänzlich aufgehoben werden. Dann könnte endlich der wirkliche Frieden zwischen den Völkern hergestellt werden, der gleichzeitig die Vorbedingung für eine wirtschaftliche Wiederherstellung sei, die von allen Seiten so dringend gewünscht werde. Die Herstellung des Friedens und die wirtschaftliche Wiederaufrichtung seien für alle Nationen, siegreiche und besiegte, gleich große Güter, so daß, um sie zu erlangen, keine notwendigen Opfer zu schwer sein sollten.

Französische Verhöhnung

Paris, 28. Juni. Zu dem Brief des Papstes schreibt das „Echo de Paris“, Poincaré und die öffentliche Meinung Frankreichs haben nie etwas anderes gewollt als der Papst in seinem Brief an Gasparri. Die Franzosen seien nicht um kriegerischer Zwecke willen ins Ruhrgebiet gezogen, sondern um Welt einzufrieden. (1) Das begreife der Papst vollkommen. (2) Wenn der Papst es „begreifen“ würde, hätte er es nicht für nötig gehalten, seinen Brief zu schreiben. (D. Sch.) Jeder Katholik Frankreichs und jeder Franzose würde wünschen, daß es zur Erlangung der Besetzung andere Mittel gäbe als die Besetzung. Unglücklicherweise gebe es aber in Deutschland einige „große Aushungerer“, für die eine unparteiische Untersuchung nicht zu empfehlen sei, und einige Politiker, die einen Widerstand fördern, der französischen Soldaten das Leben koste und das eigene Land zerschändere. Es sei daher begreiflich, daß der Papst diesen Zustand bedaure. Aber Frankreich werde die Maßnahmen zu ergreifen wissen, um dem Widerstand ein Ende zu machen. (Diese offenbar von Poincaré eingeleitete Auslassung ist doch wohl nur als eine leichfertige Verhöhnung des päpstlichen Briefes aufzufassen. D. Sch.)

Der „Petit Journal“ schreibt, man könne sich nicht verheißeln, daß der Papst auf eine Abänderung des Vertrags von Versailles abziele und die Unparteilichkeit der Entschädigungskommission anzeige, die da aus dem Vertrag ihr Dasein und ihre Reichbefugnisse herleite.

Neue Nachrichten

Deutschland ist schuld

Paris, 28. Juni. Die Pariser Blätter beschäftigen sich lebhaft mit dem englischen Plan der Luftflottenverfälschung. Der „Matin“ bringt es sogar fertig, zu behaupten, von Frankreich habe England nichts zu fürchten. Die Gefahr drohe ihm allein von Deutschland, deshalb müsse man England immer wieder auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, daß Deutschland unter ständiger ständiger Überwachung zu halten sei. Der englische Ministerpräsident Baldwin habe sich für die Abrüstung ausgesprochen. Es sei seltsam, daß er diese mit einer starken Vermehrung der englischen Luftflotte einleite. Die französische Regierung werde sehen, was sich tun lasse. Die erste Bedingung eines Abrüstungsvertrags müsse sein, daß man Deutschland zur Einbehaltung des Friedensvertrags zwingt. Andernfalls werde man wieder zu einem Wettrüsten kommen.

Endlich befreit

Paris, 28. Juni. Der Kurier der deutschen Gesandtschaft in Abessinien, Arno Holz, war 1917 auf der Reise nach der afrikanischen Küste auf neutralem Gebiet von der Franzosen abgefangen und wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt worden. Bis jetzt sah er im Gefängnis. Ob ihm ist er endlich in Freiheit gesetzt worden.

Anschlag auf Pastsch

Belgrad, 28. Juni. Als Ministerpräsident Pastsch gestern die Stupschina (Abgeordnetenshaus) verließ und der Kraftwagen bestieg, feuerte ein Bankbeamter aus Budapest einen Revolver ab. Pastsch wurde durch eine Kugel an der Hand und durch Glasplitter im Gesicht verletzt. Der Täter wurde festgenommen. Der Anschlag hat politischen Hintergrund. — Pastsch, der nach der Schaffung des unmöglichen Staats Jugoslawien mit Serbien an der Spitze durch den Verband alle Teile des Staats rücksichtslos verzerben will, hat sich die Feindschaft nicht nur der früher österreichischen Slawen und Kroaten und der Montenegroer, sondern merkwürdigerweise auch die der in den früheren ungarischen Landesteilen wohnenden Serben zugezogen.

Bayern gegen die Kriegsschuldfrage

München, 28. Juni. Im Landtag hielt Ministerpräsident von Knilling eine Rede, in der er einen Rückblick über die Ruhrbesetzung gab. Seit Ludwig XIV. sei die Zerstückelung Deutschlands das Ziel der französischen Politik. Um den Kulturbruch zu stützen, zettelte Frankreich den Hochverrat in Bayern an und unterstützte die Kommunisten in Nord- und Mitteldeutschland und in der Pfalz und forderte die „rheinische Republik“ auf. Daß die Welt dem schmachvollen Treiben ruhig zusieht, hat seinen Grund darin, daß sie noch an die schändliche Schuldfrage glaubt. Damit muß endlich einmal aufgeräumt werden. Der Versuch von tragbaren Entschuldigungen wird sich das deutsche Volk nicht entziehen, aber gegen den Rechtsbruch gibt es nur passiven Widerstand. Darüber könne nicht verhandelt werden. Würde das deutsche Volk nach solchen Opfern jetzt als Kleinmützig und schlapp befunden, so würde es den Krieg zum zweiten mal und noch entscheidender verlieren als 1918.

Vom Ruhrkrieg

Die Wiesbadener Bombe

Wiesbaden, 28. Juni. Wegen des Bombenanschlags im Wiesbadener Hauptbahnhof ist auffallenderweise gegen die Stadt noch kein Strafbefehl erlassen, da angeblich erwiesen sei, daß die Bombe aus dem unbefestigten Gebiet gekommen sei. Trotzdem wurden die Bürgermeister von Höchst und Nied verhaftet. Der Verkehr über die Befehlsgrenze ist zwischen 8 Uhr abends und 5.30 Uhr morgens verboten, im übrigen aber nur in Franzosenzügen gestattet. Auch der Kraftwagenverkehr ist weiter eingeschränkt worden.

Nach einer französischen Bekanntmachung gibt die über die Stadt Dornum verhängte Buße von 2 Milliarden Mk. wegen Erschießung der beiden französischen Feldwebel am 1. Juni als bezahlt durch die in der Reichsbank geraubten 89 Milliarden Mark.

Ausweisung

Wiesbaden, 28. Juni. Auf Befehl der Rheinlandkommission sind gestern 1500 Eisenbahnerfamilien mit etwa 5000 Köpfen aus Rheinhesse ausgewiesen worden.

Württemberg

Stuttgart, 28. Juni. Der Kirchenausschuß des Landtags nahm gestern die Beratung über das Kirchengesetz nach längerer Unterbrechung wieder auf. Kultusminister Dr. Hieber führte gegenüber von Klagen aus kirchlichen Kreisen über die Verschiebung gesetzlicher Bestimmungen über die Einstandsfrage der evangel. Kirche und des Landeskirchensteuerrecht aus, das Ministerium und die Staatsregierung haben das Mögliche getan, aber im Landtag haben sich aus Kreisen der evang. Kirche Widerstände ergeben, die allerdings nicht berechtigt seien. Daß die Beratungen des Kirchenausschusses erst im Frühjahr begonnen worden seien, habe seinen Grund in der Geschäftslage des Landtags. Es sei nicht richtig, daß die Geistlichen seit 1. Oktober v. J. mit einem großen Teil ihrer Bezüge im Rückstand seien. Bei den Pfarrverbesserungen handle es sich für den Landtag nicht nur um die Regelung der Gehälter, wie bei den Beamten, sondern um die Bemessung von Staatsleistungen für die Gehälter. Der Aufwand müsse nach dem Pfarrbesoldungsgesetz zwischen dem Staat und den Kirchen verteilt und die Staatsleistung für beide Kirchen wie auch die Belastung beider Kirchen mit Landeskirchensteuern in ein billiges Verhältnis gesetzt werden. Infolge der Haltung der Oberkirchenbehörden sei dem Ministerium nichts anderes übrig geblieben, als den Nachtragsplan mit möglicher Be-

schleunigung vorzubereiten, der in nächster Woche dem Landtag zugehen werde.

Stuttgart, 28. Juni. Kirchenumbau. Die katholische Eberhardskirche soll einen gründlichen Umbau unterzogen werden. Der Kirchenraum wird größer und breiter werden, sodas er 1100 bis 1200 Sitzplätze fassen kann. Der Turm wird auf die Rückseite verlegt und erhält eine Höhe von 55 Metern. An der Straße gegen das Kunstgebäude (Rückseite) wird ein dreistöckiger Bau erstellt mit großem Versammlungsaal, Sakristei, Paramentenraum und Wohnungen für Geistliche. Die Vorderseite an der Königstraße soll breite Arkaden erhalten, um den Abgang der Kirchenbesucher nach beiden Seiten zu ermöglichen. Ein anderer Plan sieht einen Neubau auf der Planie zwischen Akademie und Waisenhaus vor.

Die übliche Fleischpreiserhöhung. Vom Freitag ab kostet je das Pfund Ochsen- und Rindfleisch 1. 14 000 (bisher 14 000), Rindfleisch 2. 13 000 (13 000), Kuhfleisch 1. 10 400 bis 10 800 (10 200—10 600), 2. 7 400—8 000 (7 000—7 600), Kalbfleisch 13 000 (12 500), Schweinefleisch 15 000 (15 000), Hammelfleisch 12 800—13 000 (12 200—12 400), Schafffleisch 11 000—11 200 (9 000—9 200) .k.

Der Zeilner Mehl stellt sich zurzeit auf eine halbe Million Mark.

Neue Bierpreiserhöhung. Infolge einer neuen Preiserhöhung der Vereinigten Brauereien Stuttgarts kostet das einfache 8prozentige Bier im Ausschank 1200 Mark, das 10prozentige Spezialbier 1500 Mark das Dreizehnteliter. Das einheimische Bier ist also teurer als das bayerische.

Stuttgart, 28. Juni. Rieselige Mietzinssteigerung in Sicht. In der Sitzung des Landeswohnungsbeirats haben die Hausbesitzer folgende Forderungen gestellt. Sie verlangen Zuzuschläge: für Zinsdienst (Hypothekenzinssteigerung) 260 bis 300 (bisher 40) v. H.; für Verwaltungskosten 11 700—12 000 (bisher 1800) v. H.; für laufende Instandsetzungskosten 72 000—80 000 (bisher 12 000) v. H.; für große Instandsetzungskosten 58 000—60 000 (bisher 9 000) v. H.; für Untermiete 300 (bisher 50) v. H.; für gewerbliche Zuzuschläge je nach Klasse 58 000—72 000 (bisher 1000—2000) v. H. Das ergäbe für Wohnungen ungefähr die 160fache Grundmiete.

Stuttgart, 28. Juni. Bazille gegen Keil. Vor der Ersten Strafkammer des Landgerichts wurde gestern unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Gebhardt die Beschuldigungsfrage gegen den Hauptschriftleiter der „Schwäb. Tagwacht“, Emil Haut, verhandelt. Reichs- und Landtagsabgeordneter Bazille erschien als Nebenkläger. Im Juni v. J. hatte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und damalige würt. Arbeitsminister Keil u. a. behauptet, Bazille, der während des Kriegs als Zivilverwaltungsbeamter in Belgien verwendet war, habe bei seiner Rückkehr aus Belgien eine Beute von Lebensmitteln aus Heeresbeständen mitgebracht, er habe sein Gehalt doppelt bezogen und verrechnet usw. Haut hatte diese Anschuldigungen in der Tagwacht weiter verbreitet und mit entsprechenden Bemerkungen versehen. Die von Bazille beantragte Disziplinaruntersuchung hat inzwischen die völlige Unwahrheit der Anschuldigungen Keils ergeben, gegen den als Abgeordneten eine Straffrage nicht erhoben werden konnte. Keil hat indessen in der würt. Kammer seine Behauptungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Staatsanwalt Hülle beantragte gegen den Angeklagten Haut eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Der Vertreter des Nebenklägers Rechtsanwalt Dr. Schott, wandte sich besonders gegen die üble Gewohnheit, einen politischen Gegner persönlich zu verunglimpfen und zu schädigen. Abg. Bazille erklärte, seine Gegner haben ihn als Politiker und als Beamten unmaßlich machen wollen. Der Verteidiger K. v. Bagnato-Gölling beantragte Freisprechung oder milde Geldstrafe. Das Urteil wird am 4. Juni nachmittags 4 Uhr verkündet.

Marbach, 28. Juni. Gaurnefest. Am 30. Juni und 1. Juli findet hier das Turnfest des Schillerbaus statt.

Heilbronn, 28. Juni. Methodistentagung. Vom 12. bis 18. Juni tagte hier die Jahresversammlung der Prediger der Bischöflich-Methodistischen Süddeutschen unter dem Vorsitz des Generalsuperintendenten D. S. R. Nußle n. Nach den Jahresberichten haben die Arbeiter überall einen Fortschritt zu verzeichnen. Für die 533 Jugendvereine mit 13 487 Mitgliedern wurde ein Prediger als Jugendsekreter im Hauptamt bestellt. Durch die sozialen Unternehmungen Altersheim Pflgerode in Schwarzenberg, Ruchaus Leuchelwald in Freudenstadt, die vier Kinderheime in Regold, Kellheim im Taunus, Blankenburg im Harz und Klosterlausitz in Thüringen, das Jugendheim in Wammheim und das Speisehaus in Lugsburg konnte viel Not gelindert werden. Die 75 Diakonissen konnten trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Bethanienvereins in Frankfurt a. M. und des Martha-Maria-Vereins in Nürnberg gegenstandslos auf allen Gebieten wirken. Auf der Tagung wurden drei Predigeramtstandbalden ordiniert. Die nächste Tagung findet in Nürnberg statt.

Hall, 28. Juni. Kinderfest und Siedertanz. Der Tanz des kleinen Siedertanzes, d. h. der kleinen Jugend, ist hier seit den 80er Jahren nicht mehr aufgeführt worden. Beim heutigen Kinderfest soll er seine Auferstehung feiern. Der Wohltäter der Stadt und Förderer des Kinderfestes, Crum, hat für sechs Paare die althergebrachte Tracht beschaffen lassen.

Hech, 28. Juni. Ein guter Fang. In das Gefängnis wurden zwei Personen eingeliefert, die in der Nacht wegen verschiedener Raubtaten festgenommen waren. Sie führten bei der Verhaftung auf einem Wagen Waren im Wert von etwa 6 Millionen bei sich, die ihnen abgenommen und dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden konnten.

Kulendorf, 28. Juni. Diebischer Knecht. Am Samstag schickte eine Bauerswitwe aus Fronhofen ihren erst vor einigen Tagen frisch eingestellten fremden Dienstknecht mit dem Fuhrwerk nach Ravensburg, um ein Kalb zu verkaufen. Als der Knecht abends noch nicht zurückgekehrt war, wurde der Bäuerin angst und bange und erstattete Anzeige. Es stellte sich heraus, daß der Knecht das Fuhrwerk in Alshausen zurückgelassen und mit dem Erlös von dem Kalb sowie mit einem der Bäuerin gestohlenen Ballen Hemdenstoff die Flucht ergriffen hatte. Noch während der Nacht wurde die

Verfolgung aufgenommen. In einer hiesigen Wirtschaft wurde er aus dem Bett geholt. Dort wurde ihm über 1 Million nebst dem gestohlenen Hemdenstoff abgenommen. Er sitzt nun hinter Schloß und Riegel.

Wurzach, 28. Juni. Brave Deute. In einer Gemeinde nahe des Wurzacher Rieds hat ein Bauer seinem ledigen Bruder einen Waldteil geschenkt, denn er konnte es nicht übers Herz bringen, zu sehen, wie sein Bruder jetzt ein armer Bettelmann ist, während er als Hofbesitzer heute hunderttausend Mark geworden ist. Ein anderer Bauer hatte sich dieses schöne Vorbild alsbald zu Herzen genommen und verkaufte eine wertvolle Kalbin, um den Erlös seiner Schwester zu schenken, die durch die Geldentwertung ebenfalls arm geworden ist. Hat ab vor solchen Geschwistern!

Lettnang, 28. Juni. Unglaublicher Uebermut. Der Wirtschaftspächter Bernhard, der Güterbesitzer der „Waldmühle“ nach Lettnang und Lettnang. Nachdem viele Fische geleert waren, war natürlich auch das letzte Zügel hinaus. Man entschloß sich, da man den Rückweg nicht mehr zu Fuß machen wollte oder konnte, einen Extrazug auf eigene Faust fahren zu lassen. Auf dem Weis standen zwei Personenwagen der Kleinbahn, die sofort „besetzt“ wurden, und dann ging ohne Licht, Bremse und Glocke nach Lettnang. Dort ließ der Extrazug auf einen Güterwagen und das Bahnmaterial mit mehr Schaden als die übermütigen Menschen. Das Schöffengericht behandelte den Fall ziemlich milde. Bernhard muß eine Million, zwei weitere Angeklagte je 600 000 Mark Geldstrafe bezahlen.

Friedrichshafen, 28. Juni. Gut abgelaufen. Der Fahrplannachtrag 9.10 Uhr abends aus Radolfzell hier fällige Personenzug nach Lindau ist einem großen Unglück knapp entgangen. Er wurde in Ludwigshafen, wo erst kürzlich infolge fallcher Weichenstellung zwei Züge ineinander gefahren waren, nach Sippingen abgelenkt, obgleich auf dem gleichen Weis von Sippingen aus ein Güterzug nach Ludwigshafen unterwegs war. Im letzten Augenblick gelang es der Station Ludwigshafen, die fast unvermeidliche Katastrophe dadurch abzuwenden, daß sie durch Fernsprecher den nächsten Bahnwärter ersuchte, er möge den eben heranrollenden Personenzug zum Halten bringen, was diesem mit Hilfe der roten Signalfarbe gelang. Der Personenzug hielt und wurde nach Ludwigshafen beordert, wohin er eilends zurückfuhr. In ganz kurzem Zeitabstand folgte diesem Zug der von Sippingen abgelaufene Güterzug.

Nachahmenswert. Eine kleine Gesellschaft in Furtwangen sah so fröhlich bekommen, daß sie es nicht übers Herz bringen konnte, dem Ruf der Polizeistunde Folge zu leisten. Aber Strafe muß sein. Man beschloß, sich selbst zu bestrafen und dem Waisenhaus einen Betrag von 100 000 Mk zu übergeben. Eine andere Gesellschaft in Furtwangen vorurteilte sich aus gleichem Grund zu einer Ruhrabgabe von 80 000 Mk.

Ausschweifung der Fässer. Bei der Kellerbehandlung der Weine, Obstweine und Obstweine ist neuerdings von der Reichsregierung neben der bisherigen Schwefelung noch die Verwendung eines Salzes der schwefeligen Säure (Kaliumperoxyd) zum Ausschweifen der Fässer zugelassen worden. Es wird jedoch empfohlen, jeweils den Rat eines sachverständigen Chemikers einzuholen.

Enorme Erhöhung der Papierpreise. Die Druckpapierfabriken forderten in den Verhandlungen mit den Setzungsverlegern für einen Wagen Druckpapier 74 Millionen Mark, das sind fast 50 Millionen mehr, als das Papier noch vor 14 Tagen kostete. Außerdem wollen die Fabrikanten sich nicht wie bisher an eine Festhaltung des neuen Preises binden. Die Verhandlungen wurden vorläufig abgebrochen; sie werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen.

Schlechte Beschaffenheit der Linsen. Infolge vieler eingegangenen Klagen gibt das Polizeipräsidium bekannt, daß beim Verkauf von Linsen die unreinen Bestandteile (Fremdkörper, Steinchen, Erde usw.) das Verhältnis von 5 bis 6 v. H. des Körnergewichts nicht überschreiten dürfen. Besonders Vorrecht ist beim Einkauf der kleinen unansehnlichen „egyptischen“ Linsen am Platz, da diese Sorte häufig von Käufern bestesigt ist, die bei oberflächlicher Betrachtung kaum zu erkennen sind.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise

Am 1. Juli werden, wie berichtet, die Eisenbahnfahrpreise in der dritten und vierten Klasse um 200 v. H., in der ersten und zweiten Klasse um 300 v. H. erhöht, auf dieser Erhöhung ergeben sich folgende Einheitspreise für den Kilometer: in der 1. Klasse 800 .k, in der 2. Klasse 400 .k, in der 3. Klasse 150 .k, in der 4. Klasse 100 .k.

Die Schnellzugszuschläge für die Benutzung von D-Zügen betragen in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Kl. 16 000 .k, 2. Kl. 8 000 .k, 3. Kl. 3 000 .k; in der 2. Zone (bis 150 Kilometer) 1. Kl. 32 000 .k, 2. Kl. 16 000 .k, 3. Kl. 6 000 .k; in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 1. Kl. 48 000 .k, 2. Kl. 24 000 .k, 3. Kl. 9 000 .k.

Platzkarten, die in den Zuzugangsstationen für alle D-Züge von den WER-Büros ausgeben werden oder von außerhalb dort bestellt werden können, kosten für die 1. Kl. 6 000 .k, 2. Kl. 3 000 .k, 3. Kl. 1 000 .k.

Eine Bahnsteigkarte kostet 600 .k, der Einheitspreis für Gepäck beträgt 24 .k für 100 Kilogr. und 1 Kilometer, die Mindestfracht 3 000 .k. Die Preise für Bettkarten für die Inlandsstrecken der Reichsbahn- und Nitropackwagen betragen in der 1. Kl. (Einzelsitz) 200 000 .k, in der 2. Kl. (zwei Personen in einem Abteil) 100 000 .k, für Liegewagen 3. Kl. 40 000 .k, und eine Vorkerzgebühren von 10 v. H., wenn die Bettkarte innerhalb der vierzehntägigen Vorkerzfrist in den WER-Büros gelöst wurde.

An der vierjährigen Gültigkeit der gewöhnlichen Fahrkarten wird nichts geändert; Fahrkarten, die am 30. Juni gekauft sind, gelten zur Fahrt noch bis zum 3. Juli im Ritterschnitt.

Die Gültigkeit der Rundreisehefte (Mer-Fahrhefte) ist jedoch beschränkt worden; Inhaber von Mer-Fahrheften müssen, gleichgültig, ob sie das Heft bereits im Mai oder im Juni gekauft und die Reise bereits vor dem

Nützliche Bekanntmachungen.

Betr. Brotpreise.

Nach dem Kundlichen der Württ. Landesverordnungsstelle Abteilung Getreide in Stuttgart vom 27. Juni d. J. wird der Brotpreis für ein 930 Gramm-Brot an 2. Juli d. J. auf Mark 1250.- festgesetzt.
Nagold, den 28. Juni 1923.
1715 Oberamt: Müng.

Verkehr mit unedlen Metallen.

Durch Gesetz vom 11. Juni 1923 und Verfügung des Arbeitsministeriums vom 18. 6. 1923, R.G.B. S. 366 und Staatsanz. Nr. 141 wurde der Verkehr mit unedlen Metallen in der Weise geregelt, daß wer im Inland unedles Metall zu gewerblicher Weiterverarbeitung auch noch Verarbeiten erwirbt, eine besondere Erlaubnis benötigt. Zuständig für die Erlaubniserteilung ist das Oberamt, für die Einreichung der Gesuche die Handwerks- oder Handelskammer auf dort gegen Bezahlung erheblichen Formulare.

Personen, die am 1. Januar 1923 Metallhandel im obigen Sinne betrieben haben, bedürfen, sofern sie bis spätestens 15. Juli die Erteilung der Erlaubnis beantragt haben, zur Fortführung des Betriebs bis zur Entscheidung über ihren Antrag keiner Erlaubnis. Betriebe, die nach dem 1. Januar 1923 eröffnet wurden, sind bis zur Erteilung der Erlaubnis einzustellen. Die Anträge können auf den Oberamt und den (Stadt-)Schultheißendämtern eingesehen werden.

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger haben die Durchführung des Gesetzes zu überwachen.
Nagold, den 28. Juni 1923. 1714
Oberamt: Müng.

Pflegeeltern

für 20 Monate alten u. 3-jährigen Buben für sofort gesucht.
Jugendamt Nagold.

Kammerjäger u. Rattenfänger Wiethüchter
alter erfahre. Hochmann ist wieder in Nagold und Umgebung und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse u. sämtl. Ungeziefer auch bei gefährlichen Schuppen. Referenzen aus ganz Deutschland. Bestellung erbeten an die Geschäftsstelle ds. Bl. 1718

Stolzenberg-Fortuna
die deutsche Schnell-Schreibmaschine.
Verl. G. Köbele
Nagold
7401 Fernagr. 126.

Ratten! Mäuse!
tötet unfehl. „Ackerlon“. Zu haben bei Gebr. Benz, Löwendr. 146

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser

**Jeder Turner, jede Turnerin
jeder Turnfreund und jeder Deutsche,**
der es gut mit unserer Jugend und mit unserer Vaterlande meint, besucht am Sonntag, den 1. Juli ds. J. das

Gauturnfest in Ebhausen.
Dort kämpft deutsche Jugend einen unblutigen Kampf, unterstützt sie durch zahlreichen Besuch.
Viele Turnfreunde.



Die billige Relfe
nur mit Mey's Stoffkragen
Sie werden nicht gewaschen, sondern sortgeworfen, wenn sie unfauber sind, daher sind sie vorteilhafter und billiger als Leinenwäsche.
1650 Hauptverkaufsstelle:
G. W. Zaiser, Nagold.

Eberhardt.
Am Sonntag den 1. Juli nachmitt. 2 Uhr findet hier ein
Missionsfest
im Freien statt, wozu jedermann herzlich eingeladen wird.

Nagold, den 28. Juni 1923.
Todes-Anzeige.
Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter, Schwägerin und Tante
Wilhelmine Christiane Hiller
geb. Morlock
nach längerem Leiden unerwartet schnell am 27. Juni nachmittags im Alter von 52 Jahren sanft entschlafen ist.
Um stille Teilnahme bittet
der trauernde Gatte: **Johannes Hiller**
mit seinen 6 Kindern.
Beerdigung: Sonntag nachm. 2 Uhr.

Suche zu möglichst baldigem Eintritt ein
Mädchen,
das lochen kann, sowie in allen Handarbeiten erfahren ist. Gute Behandlung, sowie höchster Lohn zugesichert.
1690
Frau U. Sengenbach
Pforzheim, Höhenzollernstr. 2.

Wiegen Gaul
gesucht. 1721
Erwin Benz, Nagold.

Roberty
das geistige Phänomen ist heute abend im Gasthof z. Löwen Zimmer Nr. 1 zu sprechen in der Zeit von 12-6 Uhr.

Wer zahlt die höchsten Preise

für

Kupfer	• •	15-20 000.-	M. per Kilogr.
Rotguß	• •	13-17 000.-	„ „ „
Messing	• •	9-13 000.-	„ „ „
Blei	• •	6-8 000.-	„ „ „
Zink	• •	6-9 000.-	„ „ „
Maschinenguß	• •	12-16 000.-	„ „ „
Eisen	• •	8-1 000.-	„ „ „

Kaufe auch ganze Maschinen und Anlagen gegen sofortige Kasse.

W. Losch, Wildberg.

